

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(27. - öffentliche - Sitzung am 1. November 2018)

Beratungsthemen:

1. **Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1401](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

Die Fraktionen der SPD, der CDU, der GRÜNEN und der FDP nahmen in Aussicht, für die abschließende Beratung des Antrags im Plenum einen gemeinsamen Änderungsantrag vorzulegen.

2. **Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1388](#)

dazu: Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand, die Planungen für den Haushalt, den Stand der Gesetzgebung auf Bundesebene sowie die Auswirkungen in der Praxis

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Übernahme der Ausbildungskosten in der Physiotherapieausbildung durch das Land Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1519](#)

Der Ausschuss bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie das Kultusministerium für die weitere Beratung des Antrags um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand.

4. **Einrichtung eines Aktionsprogramms zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1848](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags und kam überein, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU betr. „Hilfe für wohnungslose Menschen, [Drs. 18/845](#), zu beraten. Zu den zusätzlichen Punkten des Antrags der Fraktion der Grünen bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung.

5. **Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#)

dazu: Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unter Einbeziehung der Bereiche Gesundheitsgefahren durch E-Zigaretten und eventuell notwendige gesetzliche Änderungen zum Nichtraucherchutz, zu der Rechtslage in anderen Bundesländern, insbesondere in Schleswig-Holstein, sowie den Einsatz von Kohlenmonoxidmeldern

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu weiteren Aspekten fortzusetzen.